



Europaangelegenheit

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

**Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
Umsetzung des Deals für eine saubere Industrie
COM (2025) 378 final
BR-Drs.: 331/25**

Verfahren gemäß § 83c BayLTGescho

1. Der Ausschuss hat in seiner 32. Sitzung am 7. Oktober 2025 im Wege der Vorprüfung einstimmig beschlossen, dass eine Stellungnahme des Landtags zur Mitteilung erforderlich ist.
2. Der Ausschuss hat beschlossen, die Mitteilung zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung zu überweisen (§ 83c Abs. 1 BayLTGescho).

Begründung:

Nach dem Ergebnis der Vorprüfung ist die [Mitteilung](#) landespolitisch von Bedeutung und Interessen des Landes sind berührt.

Der Deal für eine saubere Industrie verfolgt das Ziel, Europas Industrie nachhaltiger, wettbewerbsfähiger und klimaneutral zu machen. Er konzentriert sich dabei hauptsächlich auf energieintensive Industrien und saubere Technologien, um insbesondere die Klimaziele des [Green Deals](#) zu erreichen. Darüber hinaus soll besonders auch die Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie langfristig gesichert werden.

Wesentlicher Inhalt des Vorhabens sind zwei Maßnahmenpakete:

1. Maßnahmenpaket (Umsetzung hat bereits begonnen): Neuer Beihilferahmen ([CISAF](#)); steuerliche Anreize für grüne Investitionen; Verabschiedung von Orientierungshilfen als Grundlage für die Mitgliedstaaten und Regulierungsbehörden für eine Beschleunigung des flexiblen Energiesystems mit gut entwickelten Netzen und Speicherkapazitäten; Einigung zum Grenzausgleichssystem ([CBAM](#)).
2. Maßnahmenpaket (schrittweise Umsetzung ab dem 2. Halbjahr 2025): Förderprogramm [InvestEU](#); Pilotprojekt für die neue [Bank zur Dekarbonisierung](#); Kritische Rohstoffe; Entwicklung von Leitmärkten; Zukunft der Automobilindustrie; Verschärfung der Schutzmaßnahmen für Stahl; Vorschlag eines Chemikalienpakets; Vorschläge zu Bedingungen für ausländische Investitionen (insbesondere in die Automobilindustrie).